



BASELBIETER FREISINN

Baselland Geldspielgesetz	2/3/4/5/6/7/8 9	Schweizer Tourismus Delegiertenversammlung	10 12/13	Cyber Security Seite der Präsidentin	14/15 20	Sessionsvorschau Unter Freisinnigen	21 22
------------------------------	--------------------	---	-------------	---	-------------	--	----------

6. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Baselland

Inhalt

Polit-Dating mit den Wählern

Immer mehr Menschen finden ihre Partner über soziale Medien oder Online-Datingplattformen. Diesem Trend können sich auch Politikerinnen und Politiker nicht entziehen und die Arbeit mit sozialen Medien ist speziell im Wahlkampf empfehlenswert. Ein Beitrag im Rahmen des Mentoring-Programms der FDP.

Seite 11

Wahlbeobachtung in Kirgisistan

Einen Beitrag für freie und faire Wahlen zu leisten, bedeutet, sich für Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Frieden zu engagieren. Ziel ist es immer, aktiv «freie und faire» Wahlen anzustreben und zu unterstützen. Dazu braucht es wohl auch eine Portion Idealismus und altruistischen Geist. Ein Bericht von Nationalrätin und Wahlbeobachterin Doris Fiala.

Seiten 16 und 17

Geschätzte Freisinnige

Kürzlich sass ich im Bus auf den Seltisberg vor zwei älteren Damen. Die eine sagte zur anderen: «Heute möchte ich nicht mehr jung sein...» Die andere antwortete mit kräftigem Nicken und bestätigte: «Früher war es besser als heute!» Ich bin sicher, das haben Sie auch schon gehört oder selber gesagt. In der Tat sind die älteren Generationen überzeugt, dass es früher besser war. Während ich nicht glaube, dass es besser war, sehe ich doch ein, dass es früher zumindest anders war. Trotzdem möchte ich in keiner anderen Zeit geboren sein. Ich konzentriere mich (neben meinem Geschichtsstudium) ausschliesslich auf das Hier und Jetzt.

Vor kurzem veröffentlichte die Credit Suisse eine Liste mit sogenannten «Supertrends». Supertrends sind Themenbereiche, welche die Gesellschaft und somit die Weltwirtschaft über längere Zeit prägen werden. Wichtig für die Supertrends sind die Millenials. Millenials sind alle Personen, die unter 30 Jahre alt sind. Sie stellen heute die Hälfte der Weltbevölkerung. Somit sind sie auch für Anleger interessant, weshalb sich die Bank mit dieser Gruppe beschäftigt. Der Clou? Es stellt sich heraus, dass sich Millenials neben sozialen Medien am meisten für Gesundheit interessieren. Denn: Selten war das Gesundheitsbewusstsein höher. Selten war der Drang nach einem gesunden Lebensstil grösser.

Ich wurde in die Parteileitung ge-



Naomi Reichlin

wählt unter der Prämisse, mich unter anderem für die Interessen der Jugendlichen einzusetzen. Doch dieses Thema betrifft alle Generationen im gleichen Masse. So ist die Gesundheit in der ganzen Schweiz ein «heisses» Thema. Wir spüren die hohen Prämien jeden Monat im eigenen Portmonnaie. Verbesserung ist nicht in Sicht. Das Problem hat sich schon länger angekündigt, es wurde jedoch noch nicht bei der Wurzel gepackt. Es fehlt ein Befreiungsschlag. Erschwerend wirkt dabei, dass der Gesundheitsmarkt nach ganz anderen Regeln funktioniert als normale Märkte. Wir wollen höchstmögliche Qualität, aber können mit den entsprechenden Kosten auf

lange Sicht nicht mithalten. Wir möchten ein unbegrenztes Spektrum an Leistungen, welches jederzeit und überall verfügbar ist. Alles andere scheint nicht zumutbar.

Um ein Beispiel zu geben: Nach meiner Matur habe ich 8 Monate in einem Telemedizinzentrum gearbeitet, wo Menschen mit medizinischen Beschwerden anriefen. Was mich schockiert hat: Teilweise sprach ich mit Anrufern, welche mit einem eingewachsenen Zeh oder einem Schnupfen unbedingt am gleichen Tag noch einen Arzt aufsuchen wollten. Solche Beispiele zeigen die Anspruchshaltung der Versicherten. Andererseits: Wenn man schon dazu gezwungen wird, mehrere hundert Franken pro Monat für Gesundheit auszugeben, will man ja auch etwas dafür! Sie sehen, wir bewegen uns in einem Teufelskreis. Die Problematik ist nicht einfach. Wir brauchen mutige, grundlegende, und wahrscheinlich etwas unangenehme Lösungen. Pflasterli-Politik wie eine Ausweitung der Prämienverbilligungen löst das zugrundeliegende Problem in keiner Weise. Das ist Symptombekämpfung, statt das Problem eben an der Wurzel zu lösen – dort, wo die Kosten entstehen.

Im Moment läuft die Diskussion um die geplante Spitalfusion auf Hochtouren. Die FDP.Die Liberalen möchte

Fortsetzung auf Seite 2

Meine Seite

Liebe Freisinnige

Kürzlich wurde eine SRG-Umfrage zur Stimmung der Wähler in der Schweiz erhoben. Die FDP kommt dabei auf 17,1 Prozent – dies bedeutet ein Plus von 0,7 Prozent gegenüber den letzten nationalen Wahlen. Damit sind wir die drittstärkste Partei der Schweiz. Die SVP hat 0,7 Prozent verloren und somit ist der Wähleranteil noch bei 28,7 Prozent. Die zweitstärkste Partei ist die SP, sie verliert 1,1 Prozent und kommt auf 17,7 Prozent. Es fehlt uns, der FDP, nicht mehr viel und wir sind die zweitstärkste Partei der Schweiz – und das, liebe Freisinnige, ist das Ziel der nächsten kantonalen und nationalen Wahlen!

Für mich steht dieses Ziel fest – das habe ich am Parteitag im August auch schon so formuliert. Wir wollen im 2020 im Landrat 20 Mandate, in der Regierung weiterhin zwei Regierungsräte und national ebenfalls mit zwei Personen vertreten sein. Damit können wir sicherstellen, dass freisinnige eigenverantwortliche Politik vorangetrieben werden kann. Und die Anzeichen dafür stehen gut: Die Erfolge, die wir auf kantonaler Ebene in den letzten zwei Jahren in der Bildung erreichen konnten, sind ein erster Baustein dazu.

Helfen Sie mit und werden Sie aktiv – in den Gemeinden, in Ihrem Umkreis, in Ihren Sektionen. Gerne helfen wir Ihnen seitens der Parteileitung und stehen Ihnen für Fragen und Unterstützung zur Verfügung.

Gemeinsam werden wir Erfolge feiern.



Paul Hofer

Begrüssung und Verabschiedung

Mit dem Wechsel in der Parteileitung konnte ich am letzten Parteitag zwei sehr verdiente Mitarbeiterinnen der FDP BL verabschieden. **Doris Schäub-**

lin wurde schon gebühlich am 17. August mit Blumen, einem Abschiedsgeschenk und einer Laudatio für über 20 Jahre treuer, uneigennütziger Arbeit für die Geschäftsstelle verdankt. Sie genießt jetzt den wohlverdienten Ruhestand. Doris Schäublin hat in der Übergangsphase mitgeholfen und sichergestellt, dass mit den Wechseln auf der Geschäftsstelle alles möglichst reibungslos verläuft. Nochmals vielen Dank und alles Gute für die Zukunft.

Andrea Mäder hat die Änderung in der Parteileitung zum Anlass genommen, sich neu zu orientieren und ihre Teilzeitstelle als politische Mitarbeiterin bei der FDP BL aufzugeben. Wir bedanken uns auch sehr bei Andrea Mäder für die über drei Jahre aktive und sehr professionelle Unterstützung

bei der politischen Arbeit. Wir wünschen auch Andrea Mäder alles Gute für die Zukunft.

Ich bin sehr stolz, dass uns **Gina Barra** als politische Mitarbeiterin und **Florian Sennhauser** als administrativer Sekretär seit dem 1. Oktober unterstützen. Sie haben sich mit viel Engagement an die Arbeit gemacht, und mir vor allem geholfen, dass alle Arbeiten möglichst reibungslos weiterlaufen. Diese Ausgabe des «Freisinn» ist Zeuge dieser sehr guten Arbeit. Mit dem jungen Team löse ich auch eines meiner Versprechen ein: den Generationenwechsel in unserer Partei voranzutreiben.

Mit freisinnigen Grüßen

Paul Hofer, Präsident FDP BL



Von links: Florian Sennhauser, Paul Hofer und Gina Barra.

Fortsetzung von Seite 1

einen konstruktiven Beitrag zur Diskussion um die geplante Spitalfusion leisten. Unsere Vernehmlassungswort finden Sie auf Seite 4. Ebenfalls freue ich mich sehr über die Jungfreisinnigen BL, welche zu diesem hochinteressanten Thema eine spannende Podiumsdiskussion organisieren. Die

Veranstaltung findet am 4. Dezember um 19.00 Uhr in der Kantonsbibliothek in Liestal statt. Es wäre schön, möglichst viele begrüßen zu dürfen!

Ich komme auf das anfänglich erwähnte Gespräch zurück: Nach ein paar Minuten mischte sich eine Frau um die 40 ein und sagte: «Wissen Sie,

man hat schon vor 2000 Jahren das gleiche gesagt. Heute ist es nicht schlechter, nur anders.» Die beiden Damen schienen nicht überzeugt. Ich finde jedoch, sie hat absolut recht. Es war schon immer so. Und das ist auch gar nicht schlecht. Jede Generation hat ihre Herausforderungen, und ich freue

mich, dazu beitragen zu dürfen, die Herausforderungen meiner Generation zu meistern. Mit diesen Worten danke ich fürs Lesen, wünsche Ihnen noch eine ganz schöne Woche und eine wunderbare Herbstzeit!

Naomi Reichlin,
Vizepräsidentin FDP Baselland

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

Zukunftsweisende Entscheidungen

Monica Gschwind,
Regierungsrätin,
Vorsteherin der Bildungs-, Kultur-
und Sportdirektion (BKSD)

Seit meinem letzten Beitrag im September konnte ich in den verschiedenen Dossiers wieder einige wichtige Meilensteine setzen. Die Volksabstimmung zur Abschaffung der Privatschulbeiträge wurde mit erfreulich hoher Zustimmung gewonnen. Dies, nachdem schon im Frühling die Abstimmung zur Initiative «Ja zu fachlich kompetent ausgebildeten Lehrpersonen» ganz in meinem Sinn ausgegangen ist. Für mich sind dies sichtbare Zeichen: die Bevölkerung trägt meine bürgerliche Politik mit.

Zur Universität Basel

Es ist mir ein wichtiges Anliegen zu betonen: Die Universität Basel ist für unsere Wirtschafts- und Wissensregion von elementarer Bedeutung! Wie bereits kommuniziert, konnten beide Regierungen im Sommer den Leistungsauftrag 2018–2021 für die Universität Basel präsentieren und den

«Die Universität Basel ist für unsere Wirtschafts- und Wissensregion von elementarer Bedeutung!»

Parlamenten überweisen. Während mir zu Beginn des sehr anspruchsvollen Verhandlungsprozesses vor allem die Finanzen am Herzen lagen, haben sich im Rückblick auf die nun 10-jährige Trägerschaft weitere Handlungsfelder herauskristallisiert. Es sind dies die Themenbereiche Governance, Immobilien, die Strategie 2030 der Universität, das Finanzierungsmodell und – daraus resultierend – für die Trägerkantone angepasste Vertragsgrundlagen. Hier liegt noch viel Arbeit vor uns, die im Rahmen einer bikantonalen Projektorganisation, bestehend aus verschiedenen themenbezogenen Projektgruppen, angegangen wird. Ich bin mir sicher, dass es auf dieser Basis dem Regierungsrat gelingen wird, eine



Monica Gschwind

beidseitig befriedigende und partnerschaftlich ausgestaltete Trägerschaft nachhaltig zu etablieren.

Auch die Wahl der neuen Mandatsträger des Kantons Basel-Landschaft im Universitätsrat stellt einen weiteren wichtigen Meilenstein dar. Das klar

strukturierte und aufwändig durchgeführte Auswahlverfahren hat sich gelohnt! Es ist uns erneut gelungen, hervorragend qualifizierte Persönlichkeiten zu gewinnen, die eine grosse berufliche Erfahrung mitbringen und bestens vernetzt sind. Sie sind bereit, sich sowohl für eine zukunftsorientierte Universität als auch für die partnerschaftliche Trägerschaft der Universität einzusetzen. An dieser Stelle danke ich Dr. Christian Bosshard, Dr. Jürg Gutzwiller, Dr. Beat Oberlin sowie der wiedergewählten Dr. Kathrin Amacker sehr herzlich! Sie werden sich auf der Grundlage einer bikantonal ausgearbeiteten Eigentümerstrategie gemeinsam mit mir ab Januar 2018 im Universitätsrat engagieren. In einem

weiteren Schritt wird ab 2020 ein Mandatsträger des Kantons Basel-Landschaft den Universitätsrat präsidieren. Ferner wird der Vizepräsident, der bis dahin aus unseren Reihen stammt, die Federführung bei der Erarbeitung der Strategie 2030 übernehmen. Ich bin überzeugt davon, dass dies ein wichtiger Schritt ist – hin zur Stärkung der gemeinsamen Trägerschaft.

Die Mär des Bildungsabbaus

Immer wieder wird mir, besonders von sozialdemokratischer Seite, zum Vorwurf gemacht, ich würde die Bildung in Grund und Boden sparsam beziehungsweise Bildungsabbau betreiben. Dabei wird nicht unterschieden zwischen gewerkschaftlichen Anliegen und tatsächlichen Auswirkungen auf die Schülerinnen und Schüler. Ein Beispiel dafür ist die Zusatzlektion der Lehrkräfte. So unterrichten die Lehrerinnen und Lehrer eine Lektion mehr pro Woche. Dies hat jedoch auf die Schülerinnen und Schüler keine Auswirkungen und ist mitnichten ein Bildungsabbau.

Als einzigen Bildungsabbau könnte man die neu eingeführte zweite Woche Weihnachtsferien bezeichnen. Diese Verlängerung wurde von Eltern und den Lehrpersonen gewünscht. Als Kompensation dürfen jedoch künftig keine Konferenzen oder Weiterbildungen mehr während der Unterrichtszeit

stattfinden – dies zugunsten der Schülerinnen und Schüler.

Nächstens im Landrat

Eine von vielen Aufgaben, welche im Rahmen der Finanzstrategie des Regierungsrats zur Umsetzung auf meinen Tisch gelangten, ist die Erhöhung der Klassengrößen an den Schulen der Sekundarstufen I und II von 24 auf 26 Schülerinnen und Schüler. Mit meinem differenzierten Lösungsvorschlag kann das Sparziel erreicht und gleichzeitig auf die Heraufsetzung der Höchstzahl verzichtet werden: Nebst der konsequenten Klassenbildung im Schulkreis werden unter anderem drei neue Bestimmungen eingeführt: die Möglichkeit zur Überschreitung der Höchstzahl im Einzelfall, die Gewährung zusätzlicher Lektionen bei einer Überschreitung der Höchstzahl und ganz wichtig: die Bewilligung von ausserordentlichen Unterstützungsmassnahmen (sogenannte SOS-Ressourcen) für Sekundarschulklassen. Diese SOS-Ressourcen kommen bei nachweislich erschwerten Klassenkonstellationen zum Einsatz.

Die heutige Klassengrösse erhöht sich damit durchschnittlich um eine Schülerin oder einen Schüler.

Gegenwärtig wird diese Vorlage in der landrätlichen Kommission beraten. Die Debatte im Landrat wird voraussichtlich im Dezember oder Januar stattfinden.

Save the date: Neujahresapéro der FDP Baselland

Montag, 8. Januar 2018, 18.30 Uhr, Universität Basel

Ansprachen um 19.00 Uhr:
Rektorin der Universität Basel Andrea Schenker-Wicki
Regierungsrätin Monica Gschwind
Direktor der Handelskammer beider Basel Franz Saladin
Anschliessend ladet die FDP Baselland zum Apéro riche ein.

Weitere Informationen folgen.

Jungfreisinnige BL

Netzsperrern im Geldspielgesetz

Emanuel Opel,
Jungfreisinniger BL

Um den Zugriff auf ausländische Websites, welche Glücksspiele anbieten, einzuschränken, beschloss das nationale Parlament im Geldspielgesetz die Einführung von Netzsperrern. Diese sind gleich in mehrfacher Hinsicht problematisch.

Die Funktionsweise: Internetnutzer, die auf ein gesperrtes Angebot zugreifen wollen, sollen auf eine Informationsseite umgeleitet werden. Diese Technik ist schon alleine deswegen bedenklich, weil insbesondere auch Internetkriminelle auf diese Weise versuchen, arglose Nutzer auf gefälschte Websites umzuleiten. Die Internetprovider wären also gezwungen, gefälschte Websites an den Nutzer zu schicken; Bestrebungen gegen solche Fälschungen könnten sie nicht mehr unterstützen. Des Weiteren wird die Informationsseite nur angezeigt, falls die Verbindung nicht verschlüsselt ist, was heutzutage kaum mehr vorkommt. Im



Emanuel Opel

Falle solch einer verschlüsselten Verbindung wird dem Benutzer lediglich eine Fehlermeldung angezeigt

Wirksamkeit: Die Netzsperrern in der vorgeschlagenen Form sind sehr leicht zu umgehen. Die Benutzung eines VPN (Virtual Private Network) oder eines anderen DNS-(Domain Name System)-Servers (z. B. den von Google) reichen bereits aus, um diese

Netzsperrern zu umgehen. Dafür braucht es keine besonderen IT-Kenntnisse.

Genauigkeit: Bei Netzsperrern besteht das Risiko von sogenanntem «Overblocking». Dies bedeutet, dass auch Websites, welche kein Glücksspiel anbieten, von diesen Netzsperrern geblockt werden könnten. So geschehen im März 2016, als die Swisscom versehentlich Millionen von Websites gesperrt hat.

Rechtliche Zulässigkeit: Wie in einem Gutachten des Rechtswissenschaftlichen Instituts der Universität Zürich festgestellt wurde, «erscheint die Einführung von Netzsperrern als problematisch», insbesondere da ein «Overblocking in der Regel nicht ausgeschlossen werden kann». Das erscheint unverhältnismässig. Aufgrund all dieser Probleme sollte deshalb auf eine Einführung von Netzsperrern im Rahmen des Geldspielgesetzes verzichtet werden. Deshalb lehnen die Jungfreisinnigen überzeugt das Geldspielgesetz ab.

Stellungnahmen der FDP BL

Die FDP BL hat sich zu den beiden Vorlagen «Spitalplanung» und «Spitalgruppe» detailliert geäußert. Die ganze Stellungnahme finden Sie unter: <http://www.fdp-bl.ch/bl-positionen/vernehmlassungen>

«Spitalplanung»: Es steht ausser Frage, dass im Grundsatz eine Spitalplanung nicht nur in den beiden Kantonen Baselland und Basel-Stadt Sinn macht. Die FDP BL stellt zur Diskussion, dass auch die privaten Spitäler sowie die benachbarten Kantone (vor allem in Grenznähe) mit einbezogen werden sollten.

«Spitalgruppe»: Die Vernehmlassung hat viel zur Diskussion beigetragen. Die FDP BL kritisierte vor allem, dass aus Sicht der FDP BL zu diesem Zeitpunkt noch wesentliche Fragen offen sind. So bestehen Bedenken zur vorgeschlagenen Spitalfusion, denn Fragen zur «Good Corporate Governance» und die Prüfung von Alternativen für das KSBL (Alleingang – Privatisierung – Teilbeteiligungen – andere Verbände – andere Modelle) wurden nicht oder zu oberflächlich und politisch noch nicht diskutiert. Entscheidend für eine Zustimmung im Landrat seitens der Fraktion wird sein, ob die erwähnten Fragen ausführlich und unter Berücksichtigung aller Vor- und Nachteile sowie mit einer Abwägung aller Risiken haben diskutiert werden können.

FDP Baselland für aktive Mitglieder

Interne Kommissionen der FDP Baselland

Die FDP BL hat seit vielen Jahren in den Statuten festgehalten, wie sich die Parteimitglieder in den politischen Prozess einbringen können.

Die internen Kommissionen sind ein Spiegelbild der Kommissionen im Landrat. Alle Vernehmlassungen, die im Kanton durchgeführt werden, werden zuerst in den internen Kommissionen vorbereitet und teilweise sehr intensiv diskutiert. Vor allem die Frage, ob eine Vorlage dem freisinnigen Gedanken entspricht, wird in den Kommissionen der FDP BL offen sowohl im Bezug auf Inhalt als auch auf Ergebnis diskutiert. Wer sich in die Politik einbringen möchte, sollte sich für eine der Kommissionen melden.

Die an die Regierung versandten Stellungnahmen zu den Vernehmlassungen werden nach intensiven Diskussionen schliesslich im Parteirat von den anwesenden Delegierten verabschiedet, vom Fraktionspräsidenten und dem Parteipräsidenten unterschrieben. Damit wird die Stellung-

nahme zur formellen Position der Partei und zum Kompass für unsere Mitglieder im Landrat. Wer sich politisch engagieren will, sollte sich deshalb die Zeit nehmen und sich für eine der Kommissionen melden.

Die Kommissionen der FDP BL und die dazugehörigen Kontaktdaten:

Bildung, Kultur & Sport: Daniel Schwörer (daniel.schworer@bl.ch)

Energie & Umwelt: Dominique Beurret (dbeurret@atundw.ch)

Bau & Planung: Peter Issler (issler.arch@datacomm.ch)

Finanzpolitik: Jörg Felix (joerg.felix@bandj.ch)

Volkswirtschaft & Gesundheit: Ueli Zehnder (uezehnder@swissonline.ch)

Justiz & Sicherheit: Stefan Steinemann (stefan.steinemann.fdp@gmail.com)

Delegierte der FDP Schweiz

Haben Sie Interesse, die nationale Politik der FDP mitzubestimmen? Sie treffen Freisinnige aus Nachbarkantonen oder anderen Regionen der Schweiz.

Die FDP Baselland möchte in Zukunft die Baselbieter Delegierten konsequent nutzen. Daher suchen wir weitere Ersatzdelegierte, welche an den vier Mal pro Jahr stattfindenden Delegiertenversammlungen der FDP Schweiz teilnehmen.

Interessierte Mitglieder melden sich bitte bei Andreas Seiler, Koordinator, eidgenössische Delegierte (politik@andreas-seiler.ch)

FDP Liestal

Karin Jeitziner – Herzhaft für Liestal

Hans Vogt, Präsident,
FDP Sektion Liestal

«Herzhaft für Liestal», das ist Karin Jeitziner, unsere Kandidatin für den Stadtrat. Sie soll neben Daniel Spinner einen zweiten Sitz für die FDP im Liestaler Stadtrat holen. Denn Mitte August wurden die Liestaler Bevölkerung und die FDP Liestal vom angekündigten Rücktritt des Stadtpräsidenten per Ende November 2017 über-

rascht. Er wird neu Stadt-Entwickler im Basler Präsidentsdepartement. Wir freuen uns nach dieser Überraschung umso mehr, mit einer starken FDP-Kandidatin mit am Start zu sein.

Karin Jeitziner hat alle Voraussetzungen, erfolgreich für das Stedli zu politisieren. Sie versteht die Bedürfnisse unserer Kantonshauptstadt und wird sich Themen wie der sich wandelnden Nachfrage nach Wohnraum, verbesserten Verkehrsinfrastrukturen

und ausgeglichene Finanzen annehmen. Denn gerade freisinnige Politik stellt sicher, dass mit den vorhandenen finanziellen Mitteln haushälterisch umgegangen wird. Im Stadtrat als Kollegialbehörde bringt sie sich teamorientiert ein und sorgt dafür, dass die positive Entwicklung von Liestal fortgesetzt wird.

Karin Jeitziner ist gradlinig, hat eine offene Art, hört zu und kennt die Stadt und dessen Bürgerinnen und Bürger

sehr gut. Sie wohnt seit 1979 in Liestal und hat sich schon oft engagiert – sei es als Projektleiterin bei der Gründung des Liestaler Magazins LiMa, als Bürgerrätin in der Exekutive, als Friedensrichterin und Einwohnerrätin in der Legislative oder auch in der Schulpflege und in der Sozialhilfebehörde. Karin Jeitziner zieht überall am «Karren» und sie übernimmt Verantwortung, darum ist sie am **26. November 2017 die beste Wahl für den Stadtrat Liestal.**

FDP
Die Liberalen

Herzhaft
für Liestal



Karin Jeitziner In den Stadtrat

Dafür setze ich mich ein:

- Die Synergien zwischen **Bürgerrat und Stadtrat** weiterhin gut nutzen und ausbauen.
- Mich mit einem positiven, teamorientierten **Engagement in den Stadtrat** als Kollegialbehörde einbringen.
- Weiterhin den konstruktiven **Austausch mit KMU** Liestal pflegen.
- Für das Leben, Einkaufen und Einkehren **gute Rahmenbedingungen** schaffen.
- Den **Geist des «Ermöglichens»**, der im Stedli Einzug gehalten hat, weiter fördern: Reglemente hinterfragen, Entfaltungsspielraum fördern für das unternehmerische Handeln.
- **Zuhören, den Puls fühlen, Dialog aufbauen, Konsens erwirken.**
- Einen Teil der 11 000 Berufstätigen, die täglich nach Liestal pendeln, dazu motivieren, hier **Wohnsitz zu nehmen**. Der rege Wohnungsbau ist eine grosse Chance dafür.
- Ja, Liestal soll **Universitätsstandort** werden. Das bringt Leben und steigert die Bedeutung unserer Stadt. An diesem Strick ziehe ich gern mit.
- Gemeinsam mit dem Stadtrat die **Prosperität Liestals** nach Kräften fördern.

Karin Jeitziner (56) ist seit 2012 Bürgerrätin, seit 2013 Einwohnerrätin und seit 2014 Liestaler Friedensrichterin. Im Bürgerrat betreut sie die Departemente Einbürgerungen – welches sie reorganisiert hat – und Grundstücke / Baurecht. Zudem ist sie Mitglied der Integrationskommission. 2013 bis 2015 nahm sie Einsitz im Verbandsvorstand der Basellandschaftlichen Bürgergemeinden. Als Einwohnerrätin war sie Mitglied der Kommission Gemeindeordnung und Reglemente GOR und im Büro des Einwohnerrates. Heute wirkt sie in der Schul- und Bildungskommission mit. Der Einwohnerrat hat sie ausserdem in die Sozialhilfebehörde gewählt. Von 1999 bis 2003 war Karin Jeitziner Mitglied der Schulpflege und zuletzt deren Präsidentin. *FDP – die Liberalen.*

Sie unterstützen die Stadtrats-Kandidatur von Karin Jeitziner:

Elsa Bürgin, Peter Bürgin, Thomas Eugster, Markus Gehrig, Stephanie Gisin, Hanspeter Gisin, Heinz Lerb, Dominik Odermatt, Reto Pusterla, Daniela Reichenstein, Peter Schafroth, Marion Schafroth, Max Schäublin, Florian Sennhauser, Werner Spinner, Fritz Strübi-Schweizer, Marianne Strübi-Schweizer, Thomas Zaugg, Sabine Sutter, Walter Sutter, Brigitta Dettwiler, Alex Dettwiler, Hans Vogt, Werner Fischer, Ilber Haliti, Bruno Imsand, Daniel Spinner, Vreni Büchi, Marc Löhle, Hanspeter Brodbeck, Andi Frey, Nicole Grimm, Robi Grimm, Beatrice Rieder, Denise Vanne, Esther Sennhauer, Andreas Barth, Daniel Glatt, Bernhard Zollinger, Mario Stoppa, Sibylle Wytenbach, Alexander Wytenbach, Ralph Jeitziner, Roman Jeitziner, Loris Jeitziner, Janis Jeitziner, Alex Jeitziner, Madeleine Jeitziner, Annette Vogt, Jalil Kadr, Andrea Vogt, Pascal Scheidegger, Fabia Schild, Peter Schild, Moritz Bolgato, Erdal Koyuncuer, Regula Nyffeler-Birkenmeier, René Steinle, Daniel Weiss, Monique Weiss, Thierry Weiss, Pascal Porchet, Michi Bischof, Jürg Gerig, Ruth Studer, Heinz Studer, Marianne Otto, Remos Otto, Andi Pierer, Denise Galliker, Christian Allemann, Nora Otto, Christoph Sennhauser, Sabine Gröflin, Thomas Gröflin.

Abstimmung

Kantonalbankgesetz

Michael Herrmann,
Landrat FDP, Gelterkinden

Eigentlich ist die Ausgangslage klar: Vor den Sommerferien hat der Landrat der Änderung des Kantonalbankgesetzes mit 72 Ja und keinen Nein-Stimmen oder Enthaltungen zugestimmt. Die vorberatende Finanzkommission hat dies ebenfalls deutlich mit 11 Ja, keinen Nein-Stimmen und nur einer Enthaltung empfohlen. Warum also eine Volksabstimmung?

Die Vorlage wurde als Gegenvorschlag der formulierten Gesetzesinitiative «für einen unabhängigen Bankrat» ausgestaltet. Da die Initiative nach der Schlussabstimmung zurückgezogen wurde, stimmen wir am 26. November nur noch über die Gesetzesänderung ab.

Die zurückgezogene Volksinitiative hat aus freisinniger Feder Gutes bewirkt. So sind die Hauptforderungen der Initiative zum einen in das Kantonalbankgesetz und zum anderen in das Public-Corporate-Governance-Gesetz (PCGG) eingeflossen. Der Landrat hat das PCGG gleichzeitig mit der Abstimmung des Kantonalbankgesetzes beschlossen.

Wie erwähnt, wurden die Hauptforderungen der Initiative erfüllt. Welche sind dies?

Corporate Governance: Klare Trennung von Aufsicht und Führung.

Entpolitisierung: Kein Einsitz für Mitglieder von Landrat und Regierungsrat.

Unabhängigkeit: Keine Mandatsgelder mehr an Parteien und keine Aufträge an Firmen von Bankrätinnen und -räten.

Qualität: Mehr Know-how dank einem klaren Anforderungsprofil für die Besetzung der Mitglieder des Bankrats.

Effizienz: Verkleinerung des Bankrats.

Bis auf den Punkt der Unabhängigkeit konnten alle Forderungen in das PCGG und in das Kantonalbankgesetz eingearbeitet werden. Ein Verbot der Abführung von Mandatsentschädi-



Michael Herrmann

gung der Bankräte an ihre politischen Parteien verstösst jedoch gegen Bundesrecht. Zu diesem Schluss kam der Rechtsdienst des Regierungsrates, weshalb der Landrat den Initianten in diesem Punkt nicht entgegenkommen konnte.

Was hat sich also in groben Zügen im Kantonalbankgesetz geändert und über was stimmen wir ab?

1. Einige regulatorische respektive technische Änderungen genügen nun den Anforderungen der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht FINMA (Rechnungslegung) und Basel III (Eigenmittelausgestaltung).

2. Einige Änderungen sind redaktioneller Natur.

3. Die Anzahl Mitglieder im Bankrat wird von neun bis elf auf sieben bis neun reduziert.

4. Die Verzinsung des Dotationskapitals und des Zertifikatskapitals muss in Zukunft zwingend analog sein. Zudem muss die Reservenbildung der Bank gleich hoch sein wie die Ausschüttung an den Kanton.

5. Die meistdiskutierte Änderung galt der Frage, ob der Regierungsrat in den Aufsichtsgremien seiner Kantonsbeteiligungen Einsitz nehmen soll und darf. In beiden Gesetzen, dem Kantonalbankgesetz und dem PCGG, wurde die übereinstimmende Regelung beschlossen, dass der Regierungsrat grundsätzlich nicht in einem Verwal-

tungsrat respektive im Bankrat vertreten sein soll. Dies, damit Führung und Aufsicht einer Unternehmung sauber getrennt sind. Wo aber die Regierung zur Überzeugung gelangt, dass sie bei einer wichtigen strategischen Beteiligung Einsitz in das Aufsichtsgremium haben soll (zum Beispiel wenn andere Kantone auch mit Regierungsräten im Gremium vertreten sind), kann die Regierung dies über die formulierte Eigentümerstrategie entscheiden. Der Landrat kann mit einer Zweidrittelmehrheit eine Änderung bewirken. Die Basellandschaftliche Kantonalbank ist eine wichtige Beteiligung. Somit soll die Baselbieter Regierung in diesem Fall im Bankrat vertreten sein – zumindest nach dem Willen des Regierungsrats.

Insgesamt sind die Änderungen im Kantonalbankgesetz sinnvoll oder gar nötig. Die FDP-Delegierten haben am Parteitag vom 17. Oktober 2017 deshalb einstimmig die Ja-Parole beschlossen.

Die Tweets der FDP BL zum Thema 8. GLA

Sabine Pegoraro, Regierungspräsidentin

SCHNELLER – BESSER – GÜNSTIGER: Das JA zum #8 GLA bringt fast allen einen schnelleren, besseren und vor allem günstigeren #öV ins Homburgertal!

Paul Hofer, Präsident FDP BL

ANGEBOT der NACHFRAGE angepasst – vorhandene Mittel optimal einsetzen, heisst #mehrÖV – #Ausbau statt Abbau – JA zum #8.GLA

Thomas Eugster, Landrat

Mehr #ÖV für weniger Geld – eine klassische Win-win-Situation. Darum sage ich JA zum #8. GLA!»

Balz Stückelberger, Landrat

Ja zum #8GLA, weil der Bus im Homburgertal besser und effizienter ist

Jungfreisinnige BL

Ein Ja zum 8. GLA ist kein Nein zum Homburgertal, sondern ein Ja zu einem langfristig finanzierbaren und nachfragegerechten Baselbieter öV.

Marc Schinzel, Landrat

Ja zum #8GLA, weil er sich an den Kundenbedürfnissen ausrichtet und den ÖV im Unter- und Oberbaselbiet – auch im Homburgertal – stärkt.

Naomi Reichlin, Vizepräsidentin FDP BL

Ja zu mehr benutzerfreundlichen Busverbindungen und besseren Anschlüssen in Olten! #JAzum8GLA

Abstimmung

Ja zum 8. GLA am 26. November!

Thomas Eugster, Landrat FDP

Mit dem 8. Generellen Leistungsauftrag (GLA) für die Jahre 2018–2021 wird das Angebot des öffentlichen Verkehrs (ÖV) für vier Jahre festgelegt. Dem zusätzlichen Mobilitätsbedürfnis der Bevölkerung wird im 8. GLA Rechnung getragen, und das Angebot wird dort verbessert, wo eine hohe Nachfrage besteht. Auf der anderen Seite wird die Vorgabe des Landrats vom 25. Februar 2016 berücksichtigt, das konstante Ausgabenwachstum auch im ÖV zu bremsen und im Rahmen des 8. GLA beim Angebot mindestens 0,9 Millionen Franken einzusparen.

Am 23. März 2017 hat der Landrat dem 8. GLA mit 63 zu 3 Stimmen bei 18 Enthaltungen zugestimmt. Gegen diesen Entscheid wurde das Referendum ergriffen. Die Referendumsführenden verlangen den Weiterbetrieb des «Läufelfingerli» (S9). Dies ist nur möglich, wenn die beschlossene Finanzierung des gesamten ÖV-Angebots für die Jahre 2020 und 2021 mit der vorliegenden Abstimmungsvorlage abgelehnt wird. Dem Landrat müsste dann für diese beiden Jahre eine neue Planung und ein neues Finanzprogramm vorgelegt werden.

«Läufelfingerli» vom Bus überholt

Die im 8. GLA vorgeschlagene Umstellung der S9 auf einen Busbetrieb kommt nicht von ungefähr. Das Homburgertal wird sowohl von einem Bus wie auch von der S9 erschlossen, die über weite Strecken parallel zueinander fahren. Das ist ineffizient, denn mit nur 5700 Einwohnern ist das Hom-



Thomas Eugster

burgertal ein eher schwach besiedeltes Gebiet. Schon seit vielen Jahren erreicht die Bahn einen Kostendeckungsgrad von nur rund 20 Prozent. Daran haben auch die vor einigen Jahren beschlossenen Investitionen in die Bahnhöfe nichts geändert. Die S9 ist bei der Bevölkerung als Verkehrsmittel unbeliebt: Während die Einsteigerzahlen bei der S9 stagnieren, hat der Bus einen steten Zuwachs an Einsteigern verzeichnet – ganze +32 Prozent innert der letzten 6 Jahre! (Siehe Grafik.) Heute fährt die Bevölkerung mehrheitlich mit den Buslinien im Homburgertal statt mit der S9.

Besseres ÖV-Angebot mit dem Busbetrieb

Mit der Umstellung der S9 auf einen Busbetrieb wird ab 2020 zusätzlich zu den Buslinien 108 und 109 die neue Buslinie 110 eingeführt, welche von Sissach über Läufelfingen nach Olten und retour fährt. Damit wird das ÖV-Angebot für die Mehrheit der Einwohnerinnen und Einwohner des Homburgertals de facto verbessert, denn die Taktfrequenz wird für die meisten Gemeinden erhöht. So wird beispielsweise Läufelfingen im Halbstundentakt angebunden (bisher: Stundentakt), und im unteren Homburgertal von Buckten bis nach Sis-

sach wird durch einen versetzten Fahrplan der Buslinien 108 und 110 in den Stosszeiten sogar ein Viertelstundentakt angeboten. Das ist ein echter Fortschritt und wird zusätzliche Pendlerinnen und Pendler zum Umsteigen auf den ÖV bewegen.

Bessere Anschlüsse in Sissach und Olten

Die neue Buslinie 110 wird in Sissach und Olten optimale Anschlüsse auf den Fernverkehr bieten und eliminiert damit einen der bisherigen Nachteile der S9. Damit fällt die längere Fahrzeit des Busses von Läufelfingen nach Olten (der einzige Nachteil des Busbetriebs!) für Pendler weniger ins Gewicht. Ein Teil der zusätzlichen Fahrzeit des Busses wird damit durch kürzere Wartezeiten auf den Anschlusszug bereits wieder kompensiert.

Umstellung auf Bus spart Kosten

Mit der Umstellung der S9 auf den Busbetrieb spart der Kanton BL jährlich 1,24 Millionen Franken. Zudem wären bei einem Weiterbetrieb der S9 die Bundesbeiträge an das Betriebsdefizit stark gefährdet. Der Bund richtet nämlich keine Beiträge mehr aus, wenn nicht mindestens ein Kostendeckungsgrad von 20 Prozent erreicht wird, was angesichts der schlechten Einsteigerzahlen der S9 schon bald möglich ist. Damit müsste der Kanton BL dann zusätzlich jährlich 730000 Franken einschiessen. Die Umstellung auf den Busbetrieb kann in diesem Fall also bis zu 2 Millionen Franken an Einsparungen bringen.

Warten mit der Umstellung bringt nichts

Die Umstellung der S9 auf den Busbetrieb ist nicht einfach die erstbeste Variante. Nein, die Regierung und in der Folge auch die landrätliche Bau- und Planungskommission haben alle erdenklichen Varianten mit einer Beibehaltung der S9 gesucht und geprüft. Es sind keine besseren Alternativen zum vorgeschlagenen Busbetrieb gefunden worden. Drei Faktoren sind

dafür verantwortlich, dass die S9 keinen besseren Kostendeckungsfaktor erzielt: Das Einzugsgebiet ist mit 5700 Einwohnern zu klein, die Bahnhöfe sind meistens abgelegen am Dorfrand, und die SBB verlangen für die Nutzung der Bahntrassees wie für andere Bahntrassees auch hohe Fixkosten. An allen drei Faktoren wird sich auch in Zukunft nichts Wesentliches ändern.

Ablehnung bringt echten ÖV-Abbau

Eine Ablehnung des 8. GLA wird einen echten ÖV-Abbau zur Folge haben. Der Sparauftrag des Landrats von jährlich 0,9 Millionen Franken bleibt bestehen und kann ohne Umstellung der S9 auf den Busbetrieb nur mit einem flächendeckenden Abbau des ÖV über den ganzen Kanton BL erreicht werden.

Mehr Vorteile als Nachteile

Unter dem Strich bringt die Umstellung der S9 auf den Busbetrieb mehr ÖV für weniger Geld. Der einzige Wermutstropfen stellt die längere Reisezeit für knapp 100 Reisende in Richtung Olten dar. Die Vorteile durch höhere Taktfrequenzen, bessere Anschlüsse an den Fernverkehr sowie jährliche Kosteneinsparungen von 1,24 Millionen Franken respektive beim Wegfall der Bundesbeiträge sogar von jährlich 2 Millionen Franken überwiegen aber eindeutig. Deshalb am 26. November 2017 ein klares und überzeugtes **JA zum 8. GLA!**



**Damit
das Baselbiet
nicht blockiert
wird.**



**Mehr ÖV für alle.
Ja am 26. November zum
Leistungsauftrag.**

Ja